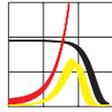


Max-Planck-Institut  
für demografische Forschung



Rostocker Zentrum zur  
Erforschung des Demografischen Wandels

### EDITORIAL

## Wachsende Unterschiede

Europa differenziert sich. Das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung schreitet je nach Land und Region unterschiedlich stark voran, Lebensläufe und Lebensstile divergieren. Diese Ausgabe von *Demografischer Forschung Aus Erster Hand* zeigt, dass sich bereits bestehende Unterschiede noch verstärken und wie sich die gegenwärtigen demografischen Trends auf verschiedenste gesellschaftspolitische Bereiche auswirken werden.

Aufgrund des ab 2009 geltenden „doppelten Mehrheitsbeschlusses“ im europäischen Rat werden Machtverteilung und Entscheidungen in der EU zukünftig verstärkt von der Bevölkerungsgröße sowohl einzelner Mitgliedsstaaten als auch derer potentieller Mitstreiter abhängen. Der Beitrag auf den Seiten 1 und 2 verdeutlicht, dass sich demografische Entwicklungen in den Ländern vor diesem Hintergrund direkt auswirken: Nur großen und heterogenen Staatengruppen wird es gelingen, Gestaltungsmehrheiten zu bilden. Sperrminoritäten sind hingegen relativ leicht zu formieren und die Gefahr vermehrter Blockaden in den Entscheidungsprozessen nimmt zu.

Hohe Mobilität ist eine der Ursachen für zunehmende räumliche Ungleichheiten in Europa. Oft stehen dabei boomende Ballungsregionen strukturschwachen, ländlichen Räumen gegenüber. Und doch ist das Bild komplexer, als einfache Erklärungen in der politischen Debatte es häufig vorgeben, wie Seite 3 darlegt. Fest steht: Wie Menschen leben und in welcher Form sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ist immer weniger von der Frage nach dem Wohnort zu trennen.

Auch der Beitrag zum Kinderwunsch auf Seite 4 beleuchtet zwei gegenläufige Trends in den EU-15-Staaten. In Ländern mit hohen Geburtenraten wie Frankreich, Großbritannien oder Skandinavien hat sich der Kinderwunsch zwischen 2001 und 2006 auf hohem Niveau stabilisiert oder sogar zugenommen. Im Gegensatz dazu stehen Länder wie Österreich mit sehr niedrigen Geburtenraten und eher abnehmendem Kinderwunsch. Da Europäer selten mehr Kinder zur Welt bringen als sie sich wünschen, sind Fragen nach dem Kinderwunsch ein wichtiges Indiz dafür, wie sich familienpolitische Maßnahmen in den einzelnen Ländern auswirken könnten.

Gabriele Doblhammer

## Direkte Demografie

### Bevölkerungsentwicklungen beeinflussen die Machtbalance in Europa

*Der demografische Wandel wird sich in der Europäischen Union deutlich auf Machtverteilungen und Entscheidungsprozesse auswirken. Denn die Bevölkerungsgröße der Mitgliedsstaaten spielt neben anderen Faktoren eine entscheidende Rolle für die Machtarchitektur – insbesondere nach den neuen Abstimmungsregeln ab 2009. Diese Architektur wird in den kommenden 50 Jahren in Bewegung geraten, denn die Bevölkerungszahlen der einzelnen Länder werden sich sehr unterschiedlich entwickeln. Eingespielte Koalitionen von Mitgliedsstaaten könnten zukünftig weniger ausrichten, und neue Konfliktlinien zwischen schrumpfenden und wachsenden Staaten zeichnen sich ab.*

Eine Analyse des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung und der Bundeswehruniversität München macht deutlich, wie sich in einer EU aus 27 oder – mit der Türkei – 28 Staaten zukünftig Gestaltungsmehrheiten immer schwieriger formieren können, während die Gefahr von Blockaden durch Zusammenschlüsse von Staaten steigen wird. Die

Politik hat diese demografischen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf die Machtbalance erstaunlicherweise lange Zeit viel zu wenig in Betracht gezogen und sich bei Verhandlungen über die Zukunft der EU weitgehend auf den Status Quo bezogen.

Dies war auch unlängst beim Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2007 der Fall, von dem die Diskussion um die „Quadratwurzel“ in Erinnerung bleiben wird. Dahinter verbarg sich der schließlich gescheiterte Vorschlag der polnischen Staatsführung, für die Stimmgewichtung im EU-Ministerrat – dem wichtigsten Entscheidungsgremium der Union – nicht die Bevölkerungszahl eines Mitgliedstaates, sondern deren Quadratwurzel heranzuziehen. Im Ergebnis hätten mittelgroße Mitgliedstaaten wie Polen mehr Stimmgewicht erlangt. Jenseits politischer Taktik hat der Streit das Verhältnis von Demografie und Macht wieder stärker in die öffentliche Diskussion gebracht.

Doch welchen Einfluss haben zukünftige demografische Entwicklungen auf die Machtverteilung im EU-Ministerrat? Etwa die Hälfte der Mitgliedsstaaten werden an Bevölkerung zulegen: Frankreich, Spanien, Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Irland, Finnland, Zypern, Malta, Luxemburg, Österreich und Schweden, sowie in einer EU-28 in herausragendem Maße die Türkei. Die Bevölkerungen der anderen Hälfte werden schrumpfen, darunter vor allem jene in Mittel- und Osteuropa sowie in Deutschland, dem heute noch bevölkerungsstärksten Land der EU.

Demografische Aspekte haben bei der Machtverteilung im EU-Ministerrat →

Tab. 1: Die doppelte Mehrheit im EU-Ministerrat:

	Gestaltungsmehrheit	Sperrminorität
	Gesetzesvorlage kann verabschiedet werden bei Zustimmung von mindestens	Verabschiedung einer Gesetzesvorlage kann blockiert werden durch mindestens
Staatenquorum	55% der EU Staaten (1 Staat = 1 Stimme) die gleichzeitig mindestens	4 Staaten
Bevölkerungsquorum	65% der EU-Bevölkerung repräsentieren	die gleichzeitig mindestens 35% der EU-Bevölkerung repräsentieren

Quelle: Eigene Darstellung.

→ **Tab. 2:** Auswirkungen von Bevölkerungswachstum und -schrumpfung auf die Machtbalance in der EU – beispielhafte Staatenkoalitionen und ihre Möglichkeiten, Gestaltungsmehrheiten bzw. Sperrminoritäten zu bilden; die Gruppe der neuen Unionsmitglieder etwa verliert in der EU-27 selbst in Koalition mit sechs weiteren Staaten ihre Gestaltungsmehrheit aufgrund des Bevölkerungsrückgangs:

Koalition	Jahr	Anzahl der Staaten		Anteil an der EU-Bevölkerung (%)		Gestaltungsmehrheit		Sperrminorität	
		EU-27	EU-28	EU-27	EU-28	EU-27	EU-28	EU-27	EU-28
<b>Neue Unionsmitglieder</b> <b>+D+I+E+NL+B+DK</b>	2009	18	19	65	70	✓	✓	✓	✓
	2020			64	69	✗	✓	✓	✓
	2050			61	67	✗	✓	✓	✓
<b>Wachstumsstaaten</b> <b>+GR+CZ+P</b>	2009	16	17	53	59	✗	✗	✓	✓
	2020			54	61	✗	✗	✓	✓
	2050			58	65	✗	✓	✓	✓
<b>Empfängerstaaten</b>	2009	14	15	35	44	✗	✗	✓	✓
	2020			34	44	✗	✗	✗	✓
	2050			32	44	✗	✗	✗	✓
<b>Nettozahler</b>	2009	7	7	38	33	✗	✗	✓	✗
	2020			38	33	✗	✗	✓	✗
	2050			40	33	✗	✗	✓	✗

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Bevölkerungsvorausschätzung der Vereinten Nationen (2006, mittlere Variante).

Legende: **Beitrittsstaaten EU-27:** BG, CY, CZ, EST, H, LT, LV, M, PL, RO, SK, SLO; **EU-28:** +TR  
**Wachstumsstaaten:** EU-27: A, B, CYP, DK, E, F, FIN, GB, IRL, L, M, NL, S; **EU-28:** +TR  
**Empfängerstaaten:** EU-27: BG, CZ, E, EST, GR, H, IRL, LT, LV, P, PL, RO, SK, SLO; **EU-28:** +TR  
**Nettozahler:** A, B, D, GB, L, NL, S

**A** - Österreich; **B** - Belgien; **BG** - Bulgarien; **CY** - Zypern;  
**CZ** - Tschechien; **D** - Deutschland; **DK** - Dänemark;  
**E** - Spanien; **EST** - Estland; **F** - Frankreich; **FIN** - Finnland;  
**GB** - Großbritannien; **GR** - Griechenland; **H** - Ungarn;  
**I** - Italien; **IRL** - Irland; **L** - Luxemburg; **LT** - Litauen;  
**LV** - Lettland; **M** - Malta; **NL** - Niederlande; **P** - Portugal;  
**PL** - Polen; **RO** - Rumänien; **S** - Schweden;  
**SK** - Slowakei; **SLO** - Slowenien; **TR** - Türkei

ursprünglich nur eine nachrangige Rolle gespielt: Da Entscheidungen weitgehend einstimmig getroffen werden mussten, war die grob nach Bevölkerungsgröße abgestufte Stimmenverteilung von geringer Bedeutung. Als Folge der voranschreitenden europäischen Einigung und mit Blick auf die Handlungsfähigkeit des Ministerrates wurde jedoch die Repräsentanz der Bevölkerung auf EU-Ebene und damit die Stimmengewichtung wichtiger. Seit 1986 wird anstelle der Einstimmigkeitsregel vermehrt die so genannte *qualifizierte Mehrheitsentscheidung* genutzt. Auf dem Gipfel von Nizza im Jahr 2000 wurde eine Stimmenspreizung eingeführt, die den Staaten je nach Bevölkerungsgröße zwischen 3 und 29 Stimmen zuwies. Ein wichtiges Ergebnis dieses Treffens war die Einführung eines demografischen Faktors: Ist für einen Beschluss die qualifizierte Mehrheit erforderlich, kann ein Staat prüfen lassen, ob die Länder, die die qualifizierte Mehrheit bilden, auch mindestens 62 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung repräsentieren. Ist dies nicht der Fall, scheidet der Beschluss.

Im Rahmen der Verhandlungen über eine Europäische Verfassung wurden die Abstimmungsregeln effizienter gemacht. Anstelle der komplizierten Stimmengewichtung tritt ab 2009 die *doppelte Mehrheit*. Mehrheitsbeschlüsse müssen von mehr als 55 Prozent der Mitgliedsstaaten („Staatenquorum“, 1 Staat = 1 Stimme) getroffen werden, die gleichzeitig mindestens 65 Prozent der europäischen Bevölkerung repräsentieren („Bevölkerungsquorum“). Um das

Gewicht der bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten zu schwächen, wurde vereinbart, dass die Sperrminorität in Höhe von 35 Prozent der Unionsbevölkerung aus mindestens vier Ländern bestehen muss (siehe Tabelle 1).

Somit hängt der Einfluss eines EU-Landes sowohl von seiner Bevölkerungsgröße als auch vom Verhältnis zu seinen potenziellen Mitstreitern ab. In der Vergangenheit haben sich Allianzen herausgebildet, die die Verhandlungsführung eines Staates beeinflussen. Die französisch-deutsche Zusammenarbeit etwa, die traditionell darauf ausgerichtet ist, die europäische Integration voranzutreiben, erweitert sich phasenweise um Großbritannien zur „Berliner Trilaterale“. Die Benelux-Staaten stimmten sich in den vergangenen Jahren häufig mit den skandinavischen Ländern ab, um so die Interessen der kleineren Staaten zu vertreten. Um Kürzungen bei den EU-Subventionen zu verhindern, entstand eine Allianz der südeuropäischen Staaten, während sich die Gruppe der Nettozahler formierte, um die Kostenentwicklung zu kontrollieren.

Unsere auf Basis der neuesten Bevölkerungsvorausschätzung der Vereinten Nationen durchgeführte Analyse zeigt, dass aufgrund der neuen Abstimmungsregeln die Demografie die Machtbalance innerhalb der EU direkt beeinflusst. So wirkt sich der Bevölkerungsrückgang in den meisten neuen Unionsmitgliedern (Mittel- und Osteuropa, Malta, Zypern) besonders deutlich aus, wenn diese als europapolitische Koalition auftreten. In der EU-27 wird ihr Stimmenanteil 2009 noch bei knapp 21 Prozent liegen, fällt dann allmählich auf etwa 17 Prozent im Jahr 2050. Damit kann lediglich in vergrößerten und sehr heterogenen Koalitionen beispielsweise mit sechs weiteren Ländern (siehe Tabelle 2) eine Gestaltungsmehrheit zu Stande gebracht werden, die aber bereits ab 2010 verloren ginge. Wäre auch die Türkei in einer EU-28 als Beitrittsstaat vertreten, würde eine Gestaltungsmehrheit dauerhaft gesichert. Dies liegt am starken Wachstum der türkischen Bevölkerung: Im Jahr 2015 wird sie Deutschland als bevölkerungsreichstes Unionsmitglied mit über 82 Millionen Einwohnern abgelöst haben.

Neben der Türkei werden 13 weitere EU-Staaten mit einer wachsenden Bevölkerung rechnen können. Folgt man der Hypothese, dass schrumpfende Gesellschaften z.B. in der Bildungs- oder Sicherheitspolitik andere Schwerpunkte setzen als wachsende, dann könnte der demografische Wandel zwei neue Koalitionen innerhalb des europäischen Machtgefüges entstehen lassen – Wachstumsstaaten auf der einen Seite, Schrumpfstaaten auf der anderen. Eine Koalition der ersteren könnte durchgängig auf eine stabile Sperrminorität setzen und so Einfluss geltend machen. Durch einen Türkei-Beitritt würde dieser Einfluss noch größer, denn das Stimmengewicht der Koalition käme dann sogar der Marke von 65 Prozent sehr nahe. Mit nur drei weiteren, kleineren Staaten (etwa Griechenland, Tschechien, Portugal) könnten die Wachstumsstaaten so in einer EU-28 langfristig eine Gestaltungsmehrheit bilden. Ein Türkeibeitritt würde darüber hinaus die Machtverhältnisse zwischen Zahler- und Empfängerländern innerhalb der EU deutlich verändern. Während die Nettozahler in einer EU-27 ab 2010 einen ausreichenden Anteil an der Unionsbevölkerung repräsentieren, um gegebenenfalls eine Mehrheitsentscheidung zu verhindern, ist dies in der EU-28 nicht der Fall: Dann würde die Empfängerkoalition die Sperrminorität von 35 Prozent erlangen und die Geberkoalition diese verlieren.

Alle analysierten Koalitionsformen in der EU-27 und in einer EU-28 zeigen: Es wird nur äußerst großen und heterogenen Staatengruppen gelingen, Gestaltungsmehrheiten zustande zu bringen, während Sperrminoritäten trotz des Bevölkerungsquorums von 35 Prozent relativ leicht zu formieren sind. Die Gefahr vermehrter Blockaden des europäischen Entscheidungsprozesses wird dadurch größer.

**Harald Wilkoszewski und Ursula Münch**

### Literatur:

Münch, U. und H. Wilkoszewski: Demografischer Wandel und Machtverteilung in Europa. In: Jahrbuch des Föderalismus: EZFF (Hrsg.). Nomos, Baden-Baden 2006: 533-551.

# Räumliche Ungleichheit nimmt zu

Aber nicht nur ländliche, periphere Regionen im Osten sind abgehängt

*Räumliche Ungleichheiten innerhalb Deutschlands gewinnen in der politischen Debatte zunehmend an Gewicht: Boomende Regionen um Ballungsräume werden dabei strukturschwachen, ländlichen Räumen – vor allem im Osten des Landes – gegenübergestellt. Doch die grobe Teilung in West und Ost oder in urbane und ländliche Räume taugt nur bedingt, um die divergierenden Prozesse im Land zu erfassen. Entscheidend sind die gesellschaftlichen Folgen der demografischen und ökonomischen Veränderungen – zukünftige Teilhabechancen und Lebensbedingungen hängen zunehmend vom Wohnort, von institutionellen Rahmenbedingungen und individuellen Mobilisierungskräften ab.*

Im Westdeutschland der 1980er Jahre wurden räumliche Ungleichheiten in der Politik als auch in den Wissenschaften selten thematisiert, galten sie doch als weitgehend überwunden. Die Bildungsexpansion, der steigende Mobilisierungsgrad, die Ausweitung der Telekommunikation sowie der allgemeine Anstieg des Wohlstands in der Nachkriegszeit führten dazu, dass regional unterschiedliche Zugangschancen zu Arbeitsplätzen, Gesundheit oder Bildung keine entscheidene Rolle mehr spielten. Erst in Verbindung mit der Wiedervereinigung beziehungsweise mit den ungleichen Lebensverhältnissen in Ost und West wurde dem Anwachsen räumlicher Differenzierungen in Deutschland wieder mehr Beachtung geschenkt.

Abwanderungs- und Alterungsprozesse sind in Teilen Ostdeutschlands, insbesondere in der ländlichen Peripherie, weit fortgeschritten: Junge Menschen finden keine Arbeit und verlassen ihre Heimatdörfer und -städte – zumeist in Richtung Westen. Da mehr Frauen als Männer abwandern, verschiebt sich das Geschlechterverhältnis, und die Anzahl potenzieller Mütter nimmt ab. Vielerorts schließen Schulen und Kindergärten. Fachärzte geben ihre Praxen auf, da ihnen die Patienten fehlen. Einige Regionen sind zwar für Senioren ein attraktiver Wohnort geworden; allerdings führt dies – da wenig junge Menschen hinzukommen – zu einer beschleunigten Alterung dieser Ortschaften.

Doch eines zeigt die genaue Betrachtung der räumlichen Ungleichheiten in Deutschland deutlich: Nicht alle aktuellen Entwicklungen sind mit Ost-West-Unterschieden, die in Folge der gesellschaftlichen Umbrüche nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern entstanden sind, zu erklären. Insgesamt nimmt die Vielfalt des Nebeneinanders von prosperierenden und eher strukturschwachen Regionen innerhalb Deutschlands zu. In welchem Ausmaß sich räumliche Ungleichheiten

ausbilden, hängt von vielen – demografischen, wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen – Faktoren ab, deren Wechselwirkungen zudem sehr komplex sein können (Abbildung 1).

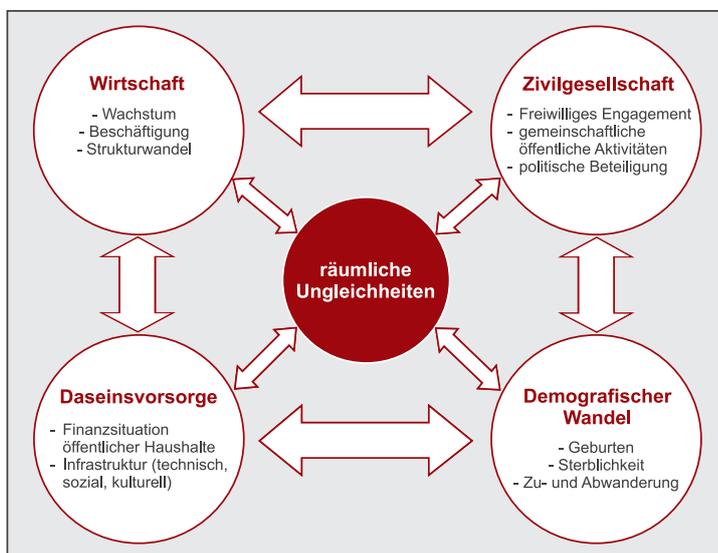
Das Bild ist vielschichtiger, als einfache Erklärungen in der politischen Debatte oft glauben machen möchten. Ebenso wenig wie die Trennlinie zwischen Ost und West taugt auch die traditionelle Vorstellung von städtischer Moderne und ländlicher Rückständigkeit nur noch bedingt, um die sich verfestigenden räumlichen Ungleichheiten zu beschreiben. Da gibt es ostdeutsche Städte wie Potsdam

verringern. Persönliche Handlungsspielräume verengen sich für viele auf ein Einrichten im Mangel. Umgekehrt gilt: Wer in einer bevorzugten Wohngegend aufwächst, hat deutlich bessere Möglichkeiten, eine gute Schule oder einen Facharzt zu besuchen.

In einer globalisierten Welt scheinen sich einerseits für Menschen im „Zentrum des Geschehens“ größere Handlungsspielräume zu eröffnen – dank internationaler Waren-, Kapital-, Verkehrs- und Informationsströme. Andererseits finden sich zunehmend Regionen oder Stadtteile, in denen ein

Mangel an Arbeitsplätzen, Schulen, Freizeitprogramm und Gesundheitsversorgung mit der Anwesenheit von Personen zusammenfällt, die keinen oder kaum Zugang zu diesen Angeboten haben.

Wir werden in Deutschland in Zukunft nicht mehr Gleichheit, sondern mehr Verschiedenartigkeit der Lebensverhältnisse vorfinden. Dabei wird in den unterschiedlichen Regionen zu beobachten sein,



**Abb. 1:** Demografische, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Einflussgrößen auf räumliche Ungleichheiten; Quelle: Eigene Darstellung.

und Leipzig, die von großer Dynamik gekennzeichnet sind und Zuzug melden. Einige Innenstadtviertel großer Metropolen im Westen sind dagegen von Armut gezeichnet. Und in manchen Regionen Westdeutschlands, so in der Eifel oder im Saarland, werden ebenso händierend Ärzte gesucht wie in östlichen Landstrichen Mecklenburg-Vorpommerns oder Brandenburgs.

Gleichwohl ähneln sich die Anzeichen des Niedergangs in den so genannten abgehängten Regionen – mögen sie im Osten oder Westen des Landes liegen: Geringes Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzmangel, eine beschleunigte Alterung, da Jüngere fortziehen und Ältere zurückbleiben, leere Gemeindekassen mit der Folge eines Abbaus von technischer und sozialer Infrastruktur sind wiederkehrende Charakteristika.

Ein eingeschränktes Angebot im öffentlichen Nahverkehr, geschlossene Schulen, ein reduziertes Freizeitangebot oder der Verlust des Hausarztes bedeuten für die Bewohner dieser abgekoppelten Regionen, dass sich ihre Zugangschancen zu Arbeitsplätzen, Gesundheit oder Bildung und somit auch ihre Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben

wie die Bürger darauf reagieren, wie die unterschiedlichen Entwicklungen von der Politik begleitet werden und welche Kosten daraus entstehen. Auf der Suche nach Lösungen könnte auch ein Blick über die Landesgrenzen hinweg weiter helfen, denn räumliche Differenzierungen sind keineswegs ein deutsches Phänomen: So sind die US-amerikanischen "rural ghettos" (ländliche Ghettos) nicht weniger verödet als "le désert français" (die französische "Wüste" im Zentrum Frankreichs) oder der Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern.

Claudia Neu

**Literatur:**

Neu, C.: Territoriale Ungleichheit: eine Erkundung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2006)37: 8-15.

Barlösius, E. und C. Neu: „Gleichwertigkeit - Ade?“ Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. *Prokla* 36(2007)1: 77-92.

# Europäer zunehmend uneins beim Kinderwunsch

## Divergierende Geburtenentwicklung nach Daten des Eurobarometers nicht ausgeschlossen

Erhebungen zum Kinderwunsch deuten ein stärkeres Auseinanderdriften der EU-15-Staaten beim Geburtenniveau an. So hat sich zwischen 2001 und 2006 in vielen Ländern die Wunschvorstellung von mindestens zwei Kindern verfestigt. Diese Nationen können weiterhin eine relativ hohe Fertilität erwarten. In Staaten, in denen die Geburtenrate bereits seit Jahrzehnten auf sehr niedrigem Niveau liegt, geht der Kinderwunsch hingegen eher zurück – hier muss auch zukünftig mit wenig Geburten gerechnet werden.

Sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene wird diskutiert, welche familienpolitischen Maßnahmen notwendig wären, um einen Geburtenanstieg in Europa zu bewirken. Dass sich junge Paare grundsätzlich Nachwuchs wünschen, wird in dieser Debatte meist vorausgesetzt.

Jüngste Erhebungen jedoch verkomplizieren das Bild, denn sie deuten einen Wandel beim Kinderwunsch in Europa an. So zeigte die Eurobarometer-Umfrage 2001, dass die persönlich als ideal angesehene Kinderzahl in einigen Ländern insbesondere bei jüngeren Frauen auf deutlich unter zwei Kinder gesunken ist. Da Frauen in Industrieländern selten mehr Kinder zur Welt bringen als sie sich wünschen, kann ein abnehmender Kinderwunsch ein weiteres Absinken der Geburtenraten bedeuten (vgl. *Demografische Forschung aus Erster Hand* 2/2004 & 2/2005).

Von großem Interesse ist daher die Frage, wie sich der Kinderwunsch entwickelt. Die Umfrage des Eurobarometers 2006 ermöglicht nun, Veränderungen in

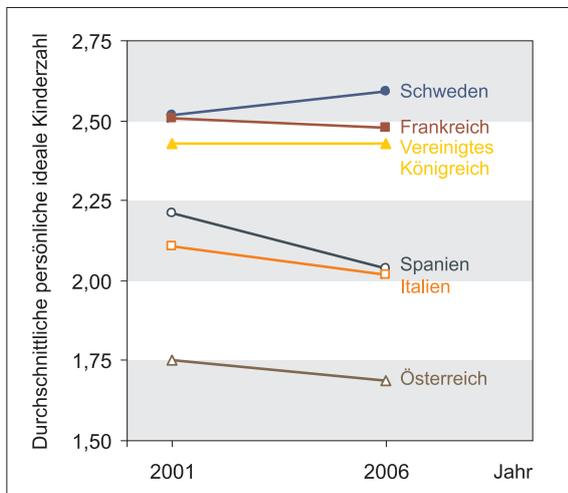


Abb. 1: Persönliche ideale Kinderzahl, Eurobarometer 2001 und 2006, für sechs ausgewählte Länder, Frauen im Alter von 25-39.

den persönlichen Einstellungen junger Menschen von 2001 bis 2006 in den EU-15-Staaten direkt zu messen.

Zwei gegenläufige Trends beim Kinderwunsch sind auffällig (Abbildung 1). In vielen Ländern, die 2001 relativ hohe Werte für die ideale Kinderzahl aufwiesen, stabilisierten sich diese oder stiegen bis 2006 sogar leicht an. Es betrifft zumeist Staaten, die eine Geburtenrate auf höherem Niveau aufweisen (etwa Frankreich, Großbritannien oder in Skandinavien).

Im Gegensatz dazu stehen einige Länder mit sehr niedrigen Geburtenraten und eher abnehmendem Kinderwunsch. So bildet 2006 Österreich – eines der ersten Länder europaweit, das Anfang der 1970er Jahre den Geburtenrückgang unter die Schwelle der Generationenerneuerung von 2.1 Kindern pro Frau erlebte – beim Kinderwunsch das Schlusslicht unter den EU-15-Staaten: Im Zeitraum zwischen den zwei Umfragen ging die durchschnittlich als ideal angesehene Familiengröße bei 25 bis 39-jährigen Frauen von 1,75 auf 1,69 Kinder zurück.

Diese Ergebnisse bekräftigen die Annahme, dass junge Menschen, die im Kontext niedriger Fertilität aufwachsen, selbst einen geringeren Kinderwunsch entwickeln. Eine solche Dynamik kann zu immer weiter sinkenden Geburtenzahlen in den Ländern Europas führen, die bereits jetzt sehr niedrige Fertilität aufweisen.

Die Hypothese, dass Menschen sich an weniger Kinder gewöhnen und ihre Lebensplanung danach ausrichten, lässt sich anhand der Daten des Eurobarometers weiter überprüfen. So ist nach dem deutschsprachigen Raum auch für viele der Mittelmeerländer mit einer Abnahme der idealen Kinderzahl zu rechnen. In diesen Ländern setzte ein deutlicher Geburtenrückgang um einige Jahre verzögert ein. Den Erwartungen entsprechend, zeigten die Werte für Italien und Spanien zwischen 2001 und 2006 eine rückläufige Tendenz (Abbildung 1).

Zukünftige Kandidaten für eine solche Abwärtsentwicklung sind die ehemals sozialistischen EU Länder, deren Geburtenraten erst nach 1990 stark abnahmen. Eurobarometer-Umfragen in den kommenden Jahren werden zeigen, ob die Kinderzahlideale auch in diesen Ländern abnehmen werden.

Bestätigt sich der enge Zusammenhang zwischen der Anzahl tatsächlich geborener und gewünschter Kinder, könnte Europa vor einer divergierenden Geburtenentwicklung stehen. Es würde sich die Schere zwischen zwei Ländergruppen öffnen: Einerseits den Staaten mit einer relativ stabilen und nicht weit unter dem Bestanderniveau liegenden Fertilität und andererseits jenen, in denen eine sehr

niedrige Geburtenrate zu einem Sinken des Kinderwunsches in der nächsten Generation und folgend zu noch geringerer Fertilität führt.

Für die Politik würde es eine besonders große Herausforderung darstellen, angesichts einer solchen Abwärtsdynamik eine Trendumkehr im Geburtenverhalten zu schaffen. Inwieweit der zwischen 2001 und 2006 beobachtete deutliche Anstieg des deutschen Kinderwunsches (ohne Abbildung) da als Lichtblick zu sehen ist, bleibt abzuwarten. Vor allem Änderungen im Erhebungsmodus könnten dafür verantwortlich sein, dass die Daten für Deutschland nur begrenzt vergleichbar sind. Sollte sich der höhere Kinderwunsch in zukünftigen Studien jedoch bestätigen, bliebe die Frage nach den Ursachen dieser geänderten Einstellung: Es könnte eine Folge der breiten und teilweise auch emotional aufgeladenen öffentlichen Diskussion sein, die jüngst in Deutschland über das Verhältnis der Deutschen zu Kindern und die Gründe hoher Kinderlosigkeit geführt wurde.

Maria Rita Testa und Wolfgang Lutz

**Literatur:**

Lutz, W., V. Skirbekk and M.R. Testa: The Low-Fertility Trap Hypothesis: forces that may lead to further postponement and fewer births in Europe. Vienna yearbook of population research; 2006. [www.oew.ac.at/vid/publications/VYPR2006/VYPR2006\\_Lutz\\_et\\_al\\_pp.167-192.pdf](http://www.oew.ac.at/vid/publications/VYPR2006/VYPR2006_Lutz_et_al_pp.167-192.pdf).

Testa, M.R.: Childbearing preferences and family issues in Europe. Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg 2006, 159 pp. (Special eurobarometer; 253 / Wave 65.1) [www.oew.ac.at/vid/download/ReportESEMPLAgingandFertility20061027.pdf](http://www.oew.ac.at/vid/download/ReportESEMPLAgingandFertility20061027.pdf).

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, und Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels  
ISSN: 1613-5822

**Verantwortlicher Redakteur:** Gabriele Doblhammer (V.i.S.d.P.)  
**Redaktionsleitung:** Kristin von Kistowski, Insa Cassens  
**Layout:** Silvia Leek  
**Druck:** Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock  
**Anschrift:** Max-Planck-Institut für demografische Forschung Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland  
**Telefon:** (+49) 381/2081-143 · **Telefax:** (+49) 381/2081-443  
**E-Mail:** [redaktion@demografische-forschung.org](mailto:redaktion@demografische-forschung.org)  
**Web:** [www.demografische-forschung.org](http://www.demografische-forschung.org)

**Erscheinungsweise:** viermal jährlich  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt.  
Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.